

Klar BURGDORF

Sonderausgabe zur Kommunalwahl 2011



Die Burgdorfer müssen für die schräge Preispolitik der Stadtwerke die Zeche zahlen - nur DIE LINKE im Rat kämpft dagegen.

Liebe Leserin, lieber Leser,



wieder einmal stehen auch in Burgdorf Kommunalwahlen vor der Tür. Noch bis zum 11. September werden Ihnen der Bürgermeister, die üblichen Parteien und die Wählergemeinschaft wieder erzählen, was sie alle für tolle Frauen und Männer

sind. Sie erzählen Ihnen, was sie fordern und was sie nicht alles in den nächsten Jahren für Sie tun wollen. Nicht wenige Kandidaten versprechen Ihnen das Blaue vom Himmel, um anschließend den Wählerwillen in den nächsten Jahren wieder nachhaltig zu ignorieren.

Der mündige Wähler wird deshalb den Bürgermeister, die Bürgermeisterkandidaten, die Parteien und die Wählergemeinschaft nicht an ihren Versprechen für die Zukunft, sondern an ihren Taten aus den vergangenen Jahren messen. Für alle, die das tun möchten, haben wir mit dieser Sonderausgabe zur Kommunalwahl eine kleine Erinnerungshilfe geschaffen. Die Redaktion hätte locker das Vierfache an Seiten füllen können, aber dafür reichte leider das Geld nicht.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger gegen unsinnige Projekte aufstehen, Alternativen aufzeigen und durchsetzen. Deshalb bitte ich Sie: Sorgen Sie dafür, dass in Rat und Region die einzige Stimme für tatsächliche Bürgerbeteiligung, gegen den Abbau von Service bei steigenden Gebühren und für soziale Gerechtigkeit noch lauter wird. Geben Sie uns der LINKEN, geben Sie mir als Ihrem engagierten Ratsherrn bei der Kommunalwahl am 11. September Ihre Stimme(n).

Ihr

Michael Fleischmann
Ratsherr

Aus dem Inhalt

- Millionengrab Nordwest: „Gewerbegebiet“ ohne Gewerbe ... S. 2
- Einzelhandelspolitik am Abgrund ... S. 2
- Rat greift Burgdorfer bei Gebühren und Steuern ins Portemonnaie ... S. 4

Auf dem Rücken der Verbraucher

Immer wieder haben in den vergangenen Jahren die Stadtwerke Burgdorf die Strom- und Gaspreise massiv angehoben - mit Zustimmung fast des gesamten Burgdorfer Rates. Nur LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann stimmte dagegen. Die Vertreter des Rates haben in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke gegenüber dem Atomkonzern E.on die Mehrheit und hätten so die steigenden Energiepreise verhindern können - aber Fehlanzeige. Wie Stadtwerke, andere

Parteien und die Wählergemeinschaft die Preiserhöhungen begründeten, war vielfach geradezu absurd. Die falschen Argumente dienten nur dazu, den Strom- und

Gas-Kunden tief in die Tasche zu greifen. Allein im Herbst 2008 nickten die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung zwei dicke Gaspreiserhöhungen von insgesamt 27,5 Prozent ab!

Anträge auf Preisbremse und ...

Anträge der LINKEN im Rat, solche schamlosen Preiserhöhungen zu stoppen, lehnten alle anderen Ratsfrauen und -herren ab. Auch einen Ratsantrag, in dem DAS LINKSBÜNDNIS für Arbeitslose und Geringverdiener einen Sozialtarif bei Strom und Gas forderte, schmeterte der Rat ab.

... durchschaubare Preispolitik abgelehnt

Im Februar 2009 brachte Michael Fleischmann zusätzlich einen Antrag ein, mit dem die Preispolitik der Burgdorfer Stadtwerke durchschaubarer werden

sollte. Im Antrag wurde gefordert, die Preise für Strom und Gas vom Rat genehmigen zu lassen. Das ist rechtlich möglich und unterstützt die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung. Sie profitieren von den Informationen der breiten Öffentlichkeit und können so Druck gegenüber den E.on-Vertretern aufbauen. Zugleich wird den Ratsvertretern in der Gesellschafterversammlung ein Teil des Verhandlungsdrucks genommen, weil sich der gesamte Rat erklären muss. Die Bürgerinnen und Bürger werden so eher bereit sein, die Energiepreise zu akzeptieren - eine runde Sache also, sollte man meinen. Trotzdem zeigten die anderen Parteien und die WGS auch diesem Antrag die Rote Karte.



Einzelhandelspolitik am Abgrund

Wer in den vergangenen Jahren die Einzelhandelspolitik in unserer Stadt etwas mitverfolgt hat, kann sich nur verwundert die Augen reiben. Die Fehlentscheidungen begannen schon Ende 2006, als der Rat den sogenannten City-Markt auf

musste verkleinert werden, 26 kostenlose Dauerparkplätze gingen verloren. Außerdem führte der Rewe-Markt zur Schließung des nahen Edekamarktes in der oberen Marktstraße „Dass ein Markt in der oberen Marktstraße schlie-

Absurd ist auch, wenn der Rat einen Lebensmittelmarkt in einem Stadtteil verhindert, obwohl der Markt dort wünschenswert ist. So geschehen in der Nordoststadt, die einen Nahversorger gut gebrauchen kann. Die Raiffeisen-Genossenschaft wollte vor drei Jahren auf ihrem Grundstück in der Raiffeisenstraße einen Einkaufsmarkt mit Drogerie- und Getränke-Abteilung bauen. Ein guter Platz, um etwa die Bewohner der Scharnhorst- oder Heinrichstraße quasi vor der Haustür mit Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. Dieser Standort ist außerdem gut mit Bus und Bahn erreichbar.



Die lieblos wirkende Fassade des REWE-Marktes passt eher in ein Gewerbegebiet als in die Burgdorfer Innenstadt

dem Schützenplatz beschlossen hatte. Nur Michael Fleischmann stimmte aus vielen Gründen gegen diesen Rewe-Markt, für den nicht nur Bäume und ein altes Burgdorfer Mehrfamilienhaus weichen mussten. Der Schützenplatz

ßen würde, war mehr als klar, weil sich nicht drei Lebensmittelmärkte im Umkreis von 50 Metern rechnen“, schreibt Fleischmann den Verantwortlichen im Rathaus ins Stammbuch und mahnt vorausschauende Entscheidungen an.

Er passte allerdings den anderen Parteien und der WGS nicht in den Kram. Sie lehnten den Lebensmittelmarkt ab, nur DAS LINKSBÜNDNIS stimmte dafür.

Millionengrab Nordwest

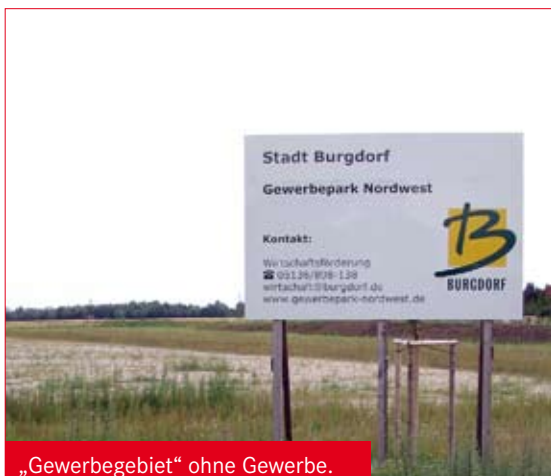
Gegen das viel zu große Gewerbegebiet Nordwest am Ortsausgang Schillerslage hatte Ende 2007 nur LINKSBÜNDNIS-Ratsherr Michael Fleischmann gestimmt. Er warnte vor einer folgenschweren Fehlentscheidung. Das riesige Areal passe nicht zu Burgdorf und laufe Gefahr, ein Millionengrab zu werden, so Fleischmann damals im Rat. Die Investitionskosten für die Stadt allein für den Ankauf der Flä-

chen beliefen sich auf rund 7 Millionen Euro. Hinzu kamen knapp drei Millionen Euro für Kanalisation, Straßen und Beleuchtung – alles viel Geld, das die Stadt nicht hatte und deshalb Kredite aufnehmen musste. DIE LINKE warb vergeblich für eine deutlich kleinere Gewerbefläche, um zunächst zu sehen, wie es läuft.

hohen Zins- und Tilgungszahlungen an die Banken für die Millionenkredite belasten massiv die Stadt. Fleischmanns Anregung, einen größeren Teil der Fläche als Wohnbauland zu verkaufen, um die Einnahmen der Stadt zu verbessern, lehnen Bürgermeister und die anderen Parteien ab.

Beleuchtete Wiese

Leider haben sich Fleischmanns Befürchtungen mehr als bestätigt. Unternehmensansiedlungen blieben entgegen aller Propaganda von Bürgermeistern und anderen Parteien, vorneweg der FDP, aus. Großspurige Ankündigungen auch vom städtischen Wirtschaftsförderer erwiesen sich als reine Sprechblasen. Die riesige Gewerbefläche ist heute nichts weiter als eine beleuchtete Wiese, auf der Hundehalter ihre Vierbeiner ausführen. Die



„Gewerbegebiet“ ohne Gewerbe.

KULTURTIPP:

Michael Fleischmann bei youtube:
<http://www.youtube.com/user/die-LinkeBurgdorf>

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. und
Redaktion: Michael Fleischmann
Layout: Markus Hintze
Herausgeber:
DIE LINKE. Burgdorf
c/o Steffen Giering
Im Dorfe 6a
31303 Burgdorf
dielinke.burgdorf@gmail.com
Auflage: 10.000 Exemplare

Energiewende auch in Burgdorf voranbringen

Eine strategisch geplante und durch eine breite Beteiligung der Bevölkerung zustande gekommene Energiewende ist bisher in Burgdorf nicht in Sicht. Alles ist Stückwerk und droht nicht selten, in die falsche Richtung zu laufen. Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung um das geplante Biogaswerk der Megaklasse in Hülptingsen. Sieben Bauern wollten das 1,5-Megawatt-Werk bauen und konnten sich zunächst der Zustimmung vieler Politiker im Rat sicher sein. In der ersten Sitzung zum Thema hatte nur LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann kritische Fragen. Nachdem die Bauern schließlich mit ihrer Megaanlage wegen massiver Widerstände aus der Bevölkerung gescheitert waren, planen sie nun eine kleinere Anlage mit einer Leistung von 499 Kilowatt. Auch eine solche Anlage hätte negative Auswirkungen auf Burgdorf und ist in ihrem Nutzen umstritten. Oder nehmen wir die Diskussion um Atomstrom und erneuerbare Energien. Die SPD beantragt im Rat, dass die Stadt keinen Atomstrom mehr bezieht. Dieses Vorhaben ist natürlich nicht verkehrt, bleibt aber auf halber Strecke stehen. Denn die Erzeugung des Ökostroms bleibt außen vor, die auch in Burgdorf vorankommen muss.

Runde Tische sind gefragt

„Warum wird die Energiewende in Burgdorf nicht öffentlich möglichst breit diskutiert“, fragt Michael Fleischmann. Er regt runde Tische zum Thema an, um eine umfangreiche Bürgerbeteiligung sicherzustellen. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang, dass die Burgdorferinnen und Burgdorfer ihre Ener-

giewende selbst in die Hand nehmen können. Die Stadt muss deshalb die Gründung von Energiegenossenschaften fördern. Der Bürgermeister organisierte dagegen eine hilflose Diskussion im Rathaus, in der Stadtwerkchef Rüdiger Funke als Hauptredner für eine Energiewende mit angezogener Handbremse warb. Das wird sich auch nicht ändern, solange der Atomkonzern Eon Mitgesellschafter der Burgdorfer Stadtwerke ist.

Atomkonzern Eon raus aus Stadtwerken

DIE LINKE fordert, dass die Stadt die Eon-Anteile an den Stadtwerken übernimmt, um vor Ort eine zukunftsgerichtete Energiepolitik betreiben zu können. Dabei muss auch der Strompreis eine Rolle spielen, der auf keinen Fall wegen der Energiewende weiter steigen darf - im Gegenteil: Die Stadtwerke könnten etwa Strom in einem bestimmten Umfang an die Kundinnen und Kunden preiswert abgeben, mit dem man normalerweise auskommt. Höhere Preise zahlen dann nur die, die mehr verbrauchen. Das schont die Geldbeutel vieler Burgdorferinnen und Burgdorfer und die Umwelt. Für Arbeitslose, Geringverdiener und Empfänger von Wohngeld und Kinderzulage muss es Sozialtarife bei Strom und Gas und eine kostenlose Energieberatung geben. Laut dem Verbraucherportal Verivox übersteigen allein die Stromkosten den dafür im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehenen Betrag um durchschnittlich 45 Prozent.



Energiepolitik droht in Burgdorf schnell in die falsche Richtung zu laufen: Nur massive Bürgerproteste konnten ein Biogaswerk der Megaklasse in Hülptingsen verhindern.



Vorfahrt für Radfahrer

Normalerweise sind die Anträge der LINKEN im Rat in den vergangenen Jahren immer abgelehnt worden. Eine Ausnahme ist zum Teil der Radverkehr. Als Michael Fleischmann vor vier Jahren gefordert hatte, die Einbahnstraßen in der Innenstadt in Gegenrichtung für Radfahrer zu öffnen, musste er sich von den anderen Ratsleuten noch harsche Kritik anhören. Im vergangenen Jahr wurde sein Antrag dann aber doch umgesetzt. Das Radfahren in Burgdorfs City ist so deutlich attraktiver geworden. Durchbekommen hat Fleischmann auch seinen Antrag, die gefährliche Ausfahrt am Rewe-Markt auf dem Schützenplatz zu verlegen. Nach fünf Unfällen waren dort mehrere, zum Teil schwer verletzte Radler/innen zu beklagen. Trotzdem muss die Politik in Burgdorf noch deutlich radlerfreundlicher werden. Jüngstes Eigentor: Für ein wertloses Gutachten hat der Rat gegen die Stimme der LINKEN beschlossen, 40.000 Euro zu geben. Auf der anderen Seite stehen nur 30.000 Euro für den Radwegebau im laufenden Jahr bereit. „So ein Unsinn muss ein Ende haben“, betont Michael Fleischmann und fordert den Bürgermeister, die anderen Parteien und die Wählergemeinschaft auf, deutlich mehr Geld für den Ausbau des Radwegenetzes zu geben.

Stadt greift Burgdorfern deutlich ins Portemonnaie

Erst vor kurzem kam es im Rat zu einer denkwürdigen Entscheidung, die deutliche Folgen für die Burgdorferinnen und Burgdorfer hat. Gegen die Stimme von Michael Fleischmann hat der Rat ein Kürzungspaket beschlossen, um Schulden abzubauen. Anstatt der Geldverschwendung bei Prestigeprojekten die Rote Karte zu zeigen, wie es DIE LINKE fordert, wird der Service für die Burgdorferinnen und Burgdorfer verschlechtert, und viele Gebühren und Abgaben steigen deutlich. Zugestimmt haben wie gehabt auch die parteilosen Vertreter der Wählergemeinschaft WGS und die Grünen. Ein Auszug aus diesem Sündenregister: Die Kinder-

tagesstätten- und Krippen-Gebühren steigen bis 2013 deutlich, genauso wie der Preis für das Mittagessen, das sich von bisher monatlich 40 Euro auf 45 Euro verteuert. Für einen Krippenplatz in der niedrigsten Gebührenstufe etwa dürfen die Eltern pro Jahr 144 Euro mehr berappen, in der höchsten Gebührenstufe sind es 180 Euro mehr. Die Gebühr für die Nutzung der Bücherei erhöht sich für Erwachsene um 50 Prozent, die Eintrittspreise im Schwimmbad steigen um 10 Prozent, die Hundesteuer geht um 5 Prozent nach oben. Angehoben wird auch die Grundsteuer, die der

Mieter auf die Miete umlegt, sodass die Burgdorferinnen und Burgdorfer demnächst wieder einmal höhere Nebenkosten berappen dürfen.



Auch die Kindergarten- und Krippen-Gebühren steigen deutlich.

Bürgerentscheide bei Großprojekten überfällig

Bisher ist es in Burgdorf so, dass eine für fünf Jahre zufällig gewählte Ratsmehrheit Entscheidungen treffen kann, die das Gesicht der gesamten Stadt auf Jahrzehnte hinaus verändern. Beispiele sind der Umbau der Innenstadt oder das riesige Gewerbegebiet Nordwest am Ortsausgang in Richtung Schillerslage. Um dabei in Zukunft gravierenden Fehlentscheidungen vorzubeugen, will Bürgermeisterkandidat Michael Fleischmann in solchen Fällen Bürgerentscheide als übliches Mittel der Politik in Burgdorf einführen. „Entscheidungen mit großer Tragweite für die Stadt sollen die Burgdorferinnen und Burgdorfer selbst tref-

fen“, so Fleischmann. „Nach dem Votum haben sich Rat und Bürgermeister zu richten. Wenn das Know-how der Bürgerinnen und Bürger in solchen Fällen direkt in die Stadtpolitik einfließt, kann das nur gut sein und Geldverschwendung vorbeugen.“

Einer unechten Bürgerbeteiligung wie Podiumsdiskussionen mit tendenziöser Beteiligung, wie sie Bürgermeister Alfred Baxmann (SPD) in den



Die Burgdorfer hätten sich in einem Bürgerentscheid möglicherweise gegen den teuren Umbau der Innenstadt ausgesprochen.

vergangenen Jahren leidlich praktiziert hat, erteilt DIE LINKE eine klare Absage. Fleischmann denkt dabei etwa an die Einwohnerversammlungen zum Umbau der Innenstadt oder zum Bau eines Biogaskraftwerks der Megaklasse in Hülptingen. „Solche Veranstaltungen sind Akzeptanzveranstaltungen und haben mit echter Bürgerbeteiligung nichts zu tun.“

UNSERE KANDIDAT_INNEN FÜR DEN BURGDORFER RAT



V.l.n.r.: Marianne von Echte (61), Wirtschaftsdolmetscherin; Günter Rauterkus (70), Elektrotechniker i. R.; Dr. Hartmut Mauch (63), Dipl. Chemiker, Steffen Giering (27), BWL-Student; Wolfgang Hauk (59), Dipl. Finanzwirt i.R.; Michael Fleischmann (48), Journalist

MICHAEL FLEISCHMANN

Unser Kandidat für das Bürgermeisterramt und die Regionsversammlung, Listenplatz 2